



Information gemäß Art. 13 der Datenschutz-Grundverordnung

Das Sachgebiet Stadtkasse der Lutherstadt Eisleben erhebt Daten der Bürger im Rahmen der Insolvenzbearbeitung entsprechend der gesetzlichen und datenschutzrechtlichen Vorschriften.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verantwortlicher im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen zum Datenschutz für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist:

Stadtverwaltung Lutherstadt Eisleben
Vertreten durch den Bürgermeister Carsten Staub
Markt 1
06295 Lutherstadt Eisleben
Telefon: 03475 6550
E-Mail: poststelle@lutherstadt-eisleben.de

Herrn Staub erreichen Sie ebenfalls unter der oben genannten Anschrift.

Unsere Datenschutzbeauftragte steht Ihnen für Fragen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gern zur Verfügung. Sie erreichen Sie unter:

E-Mail: datenschutz@lutherstadt-eisleben.de

2. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten

Ihre Daten werden zu folgenden Zwecken verarbeitet: Anmeldung offener Forderungen an Insolvenzverwalter zur Feststellung der Forderungen. Erfasst werden:

- das zuständige Amtsgericht
- die Nummer des Insolvenzverfahrens
- das Eröffnungsdatum des Insolvenzverfahrens
- der Insolvenzverwalter
- Name und Wohnanschrift des Schuldners
- Debitorennummer
- offene Forderungen (Haupt- und Nebenforderungen: Grundbesitzabgaben, Ordnungswidrigkeiten, Kosten für Kinderbetreuung, Gebühren für An- und Abmeldungen Gewerbe, An- und Abmeldungen für Hunde, Hundesteuern, Mahn- und Vollstreckungsgebühren)
- Beigefügte Unterlagen als Belege für die Forderungen:
- Bescheide
- Mahnungen
- Vollstreckungsankündigungen.

Alle Informationen (Schriftverkehr usw.) werden in den Bemerkungen in der Debitorenbuchhaltung zum Debitor fortgeschrieben.

Bei Insolvenzverfahren ohne offene Forderungen wird, wenn eine FAD vorhanden ist, vermerkt, dass der Schuldner Insolvenz eröffnet hat (AG, Nummer des Insolvenzverfahrens, Insolvenzverwalter, wann Insolvenzverfahren eröffnet) und dass keine Anmeldung erfolgt, da keine offenen Forderungen bestehen. Der Beschluss wird abgelegt.

Rechtliche Grundlage: Insolvenzordnung

Die personenbezogenen Daten werden ausschließlich zur Erfüllung der oben genannten Aufgaben verwendet.

3. Kategorien von Empfängern von personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten werden zur Erfüllung ihrer Aufgaben an folgende Stellen übermittelt: Insolvenzverwalter.

4. Dauer der Speicherung

Die Unterlagen sind für die Dauer des Insolvenzverfahrens aufzubewahren, danach im Regelfall voraussichtlich bis zu 10 Jahre zu archivieren. Nach Ablauf dieser Frist oder dem Wegfall des Verarbeitungszwecks werden die Daten gemäß Art. 17 DSGVO gelöscht, sofern keine archivrechtlichen Bestimmungen einer Löschung entgegenstehen.

5. Betroffenenrechte

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:

- a. Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO).
- b. Recht auf Berichtigung der Daten, sofern diese unrichtig oder unvollständig sind (Artikel 16 DS-GVO).
- c. Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO vorliegt.

Das Recht zur Löschung besteht – ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen – nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt gemäß Artikel 18 DS-GVO die Einschränkung der Verarbeitung an die Stelle der Löschung.

- d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, insbesondere wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, sie zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt werden, oder während der Prüfung der Richtigkeit der Daten (Artikel 18 Abs. 1 lit. b, c und d DS-GVO).
- e. Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern kein zwingendes öffentliches Interesse vorliegt und keine gesetzliche Verpflichtung zur Verarbeitung besteht (Artikel 21 DS-GVO).
- f. das Recht auf Datenübertragbarkeit nach Artikel 20 DS-GVO.

6. Widerrufsrecht bei Einwilligungen

Wenn Sie eine Einwilligung zur Datenverarbeitung gegeben haben, kann diese nach Artikel 7 Absatz 3 DS-GVO jederzeit gegenüber der Stelle widerrufen werden, gegenüber der die Einwilligung zuvor erteilt wurde.

7. Beschwerderecht

Wenn Sie der Ansicht sind, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden, hat jede betroffene

Person ein Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde:

Landesbeauftragte für den Datenschutz Sachsen-Anhalt

Otto-von-Guericke-Straße 34a, 39104 Magdeburg

Postadresse: Postfach 1947, 39009 Magdeburg

Telefon: 0391 81803 – 0

Telefax: 0391 81803 - 33